

# Frauen nach vorn!

<b>Gender Mainstreaming in Politik und Stadtverwaltung.....</b>	<b>1</b>
<b>Alleinerziehende Frauen .....</b>	<b>3</b>
<b>Kinder, Kinder.....</b>	<b>3</b>
<b>Frauen in der Stadt.....</b>	<b>4</b>

Es ist in vielen Bereichen gelungen, Benachteiligung von Frauen abzubauen. Dazu haben besonders grüne PolitikerInnen durch die 50 Prozent Quotierung in den politischen Gremien einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet.

Dennoch sind wir von einer echten Chancengleichheit von Frauen und Männern auch in Bonn noch weit entfernt. Deshalb kann auf eine eigenständige Politik, welche gezielt die Interessen von Frauen berücksichtigt, nicht verzichtet werden.

## **Gender Mainstreaming in Politik und Stadtverwaltung**

Gender Mainstreaming (GM) bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt.

Gender steht für die Abkehr von der Idee einer besonders „förderungswürdigen Problemgruppe Frau“ hin zu Politiken und Strategien, die beide Geschlechter als Zielgruppe von Personal- und Organisationspolitiken ins Visier nehmen. Nicht mehr alleine die Gleichstellungsbeauftragte wird für Gleichstellung verantwortlich gemacht, sondern alle Führungsebenen sind für diese Aufgabe zuständig.

Die Fragestellung, welche Bedürfnisse Frauen, Männer, Kinder, junge oder alte Menschen oder Menschen mit Behinderung haben, soll in alle Bereiche der Verwaltung und der Politik Einzug halten: in die Verkehrsplanung, in die Stadt- und Bauplanung und vor allem in die Personalentwicklung einer Verwaltung.

Aber in der Bonner Politik und Verwaltung zeigen sich noch zu deutlich die alten Strukturen. Frauen in Führungspositionen sind selten, die Frauenquote im Rat und in den Ausschüssen äußerst mager.

So sitzen im derzeitigen Stadtrat 47 Männer und 18 Frauen. Die Wahllisten der etwas größeren Parteien lassen in dieser Beziehung auf keine große Verbesserung hoffen. In der Verwaltung gibt es neben der Oberbürgermeisterin 5 männliche Beigeordnete, eine weibliche. Auf der Ebene darunter, der Amtsleiterebene, ist das Ergebnis kaum ein anderes, 14 männliche Amtsleiter, 5 weibliche.

<b>Rat der Stadt</b>	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>
CDU	19	5
SPD	12	6
GRÜNE	6	5
FDP	6	
BBB	1	1
Sonstige	3	1
<b>Gesamt</b>	<b>47</b>	<b>18</b>

In der Verwaltung gibt es zwar inzwischen einen Frauenförderplan, aber wenn die Gleichstellung in diesem Schneckentempo vorangeht, dauert es noch hunderte von Jahren, bis die Parität in allen Ebenen der Verwaltung erreicht ist.

<b>Verwaltung</b>	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>	<b>Sonstige</b>
Beigeordnete	4	1	1 Co-Dezernent männlich Oberbürgermeisterin
Amtsleiter	14	5	1 SGB männlich

Wir wollen

- die Zielsetzung des Frauenförderplans deutlich steigern, vor allem in den gehobenen Positionen müssen mehr Frauen beschäftigt werden
- eine geschlechtsdifferenzierende Datenerhebung, -auswertung und Dokumentation, um Benachteiligungen zu erkennen und entgegenzusteuern
- den Einsatz moderner Steuerungsinstrumente, die erzielte Gleichstellungsfortschritte oder -defizite erkennbar machen (Gleichstellungscontrolling)
- Flexible Arbeitszeiten für Frauen und Männer mit Familie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Stadtverwaltung
- dass Teilzeit kein Karrierehemmnis mehr ist!
- den Zugang für Frauen in alle Bereiche der Verwaltung (auch z. B. in die Berufsfeuerwehr, dort arbeitet nicht eine einzige Frau)

## **Alleinerziehende Frauen**

Hier sind allerdings die Frauen in der absoluten Mehrheit: bei den Alleinerziehenden. Überdurchschnittlich viele von ihnen leben in Armut oder sind von Armut bedroht, finden in Bonn keinen bezahlbaren Wohnraum und müssen die Erziehungsarbeit alleine stemmen. Diese „Einelternfamilien“ brauchen viel mehr Unterstützung in der Kinderbetreuung, in der Bereitstellung von kostengünstigem Wohnraum und flexible Arbeitsmöglichkeiten, die den Spagat zwischen Kindern, Job und Haushalt möglich machen.

Wir wollen:

- die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum
- kostengünstiges, flexibles und ganztägiges Betreuungsangebot.

## **Kinder, Kinder**

Bonn boomt, denn in Bonn steigen die Kinderzahlen im Gegensatz zu vielen anderen Städten immer noch an. In Bonn leben viele hochqualifizierte Frauen, die vor der Herausforderung stehen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen.

Viele neue Kinderbetreuungsplätze wurden in den letzten Jahren geschaffen. Auch der Ausbau der Offenen Ganztagsgrundschule wurde vorangetrieben. Trotzdem nehmen die Wartelisten in vielen Einrichtungen nicht ab. Durch die Einführung des Kinderbildungsgesetzes können zwar nun zweijährige Kinder im Kindergarten betreut werden, allerdings stagniert dadurch der Ausbau der Kleinstkindplätze.

Wie sehr sie in Bonn benötigt werden, ist deutlich an der Zunahme der privaten Betreuungseinrichtungen zu spüren. Obwohl die Plätze hier ab 500 Euro aufwärts kosten, werden sie von sehr vielen Eltern gebucht – weil sie einfach keinen anderen Betreuungsplatz für ihr Kind bekommen.

So gibt es z. B. im integrativen Bereich nur einen einzigen Platz für ein Kind mit Behinderung unter drei Jahren.

Gleichzeitig hat die Bundesregierung den Rechtsanspruch für Kinder ab einem Jahr ab August 2013 festgesetzt. Diesen zu erfüllen, wird für die Stadt einen gewaltigen Kraftakt bedeuten. Aber für eine familienfreundliche Stadt ist ein gutes und vor allem ausreichendes Betreuungsangebot Grundvoraussetzung!

Wir brauchen:

- Betreuungsplätze in öffentlicher Trägerschaft für alle Kinder – und damit sind auch Kinder mit Behinderung gemeint
- Bedarfsgerechter Ausbau der Offenen Ganztagsgrundschule
- Betreuungsangebote für Kinder in der Sekundarstufe I
- Einheitliche, sozial gerechte Gebührenstaffelung in den Betreuungsformen

### **Frauen in der Stadt**

„Frauen sind die unfreiwillige Avantgarde des öffentlichen Personennahverkehrs.“

Dieser Satz aus der Bonner Studie zu Frauen und Sicherheit im ÖPNV gilt bis heute, denn immer noch sind Frauen die HauptnutzerInnen des ÖPNVs. Deshalb trifft auch die Einschränkung des Bus- und Bahnangebotes durch das Busnetz 2008 vor allem Frauen und schränkt sie in ihrer Mobilität ein.

Noch immer orientiert sich die Bonner Verkehrspolitik am Auto fahrenden Mann zwischen 30 und 60 – bestes Beispiel ist der bisherige Platz der Vereinten Nationen mit seiner neuen, teuren, aber dafür zugigen Haltestelle über der Autobahn inklusive einer sehr mickrigen Fahrradabstellanlage, die an keine Buslinie angeschlossen ist.

Eine andere Problematik, die auch immer der Stadtplanung zugeschoben wird, ist der Straßenstrich. Mal soll er plötzlich hierhin, dann spontan vielleicht dorthin, ein anderes Mal doch lieber erst später verlegt oder am besten gleich gar nicht umgesiedelt werden. Für die betroffenen Frauen zeichnet sich während solcher nie wirklich umgesetzten Überlegungen hingegen keine Verbesserung der Situation ab.

Auch in Bonn sind weiterhin Frauenhäuser für Frauen, die vor gewalttätigen Männern flüchten, notwendig. Deshalb gehört eine ausreichende finanzielle Beteiligung zu den Fürsorgepflichten einer Stadt.

GRÜNE Frauenpolitik verteidigt und fördert die Rechte von Frauen und Mädchen auch in einer multikulturellen Gesellschaft. Unabhängig von Religion und Herkunft sollen sich alle Mädchen und Frauen in Bonn gleichberechtigt und frei im öffentlichen Leben bewegen können.

Wir wollen,

- dass künftig bei der Verkehrs- und Stadtplanung die Belange von Frauen berücksichtigt werden
- dass Frauen aktiv an den Planungen beteiligt werden

- die Verbesserung der Situation für Prostituierte auf dem Straßenstrich
- dass die Frauenhäuser finanziell abgesichert sind